

„Lust auf Revolution?“ – Geschlechterkonstellationen im Zusammenhang von Arbeit, Zeit, Utopie und Revolution¹

INGRID KURZ-SCHERF

Einleitung: unvorstellbare Ereignisse und revolutionäre Projekte

Aus der Sicht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)“ vollzieht sich in China gerade „das Unvorstellbare“: auf Geheiß der Zentralregierung würde in immer mehr Städten und Unternehmen die Arbeitszeit auf zunächst viereinhalb und vielleicht schon demnächst auf nur noch vier Tage in der Woche verkürzt, und die chinesische Bevölkerung reagiere geradezu begeistert (vgl. FAZ, 9.4.2016). In Schweden träumt man anlässlich einer experimentellen Einführung des 6-Stunden-Tags in immer mehr Betrieben und Kommunen „von einer Revolution“, wie der SpiegelOnline schreibt (Reise 2014). In Frankreich setzen Gewerkschaften in klassenkämpferischem Gestus dem Regierungskonzept der Deregulierung der Arbeitsmärkte die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche entgegen (CGT 2015). In Österreich wird intensiv über Arbeitszeitverkürzung als einem gesellschaftspolitischen Projekt debattiert (Bergmann/Sorger 2016), und auch in der Bundesrepublik Deutschland steht nach einer jahrelangen arbeitszeitpolitischen Flaute neuerdings wieder „eine neue Arbeitszeitpolitik“ auf der Tagesordnung (vgl. Wiedemuth/Skrabs 2015; IG Metall 2016).²

„Lust auf Revolution?“ – so fragte Anfang 2015 die österreichische Zeitung „Der Standard“ den deutschen Soziologen Stefan Lessenich anlässlich der von ihm herausgegebenen Neuauflage der Schrift von Paul Lafargue aus dem Jahr 1883 über „Das Recht auf Faulheit“. Lafargue plädiert darin für „ein ehernes Gesetz (...), das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten“ (Lafargue/Lessenich 1883/2014: 64). Dazu Stefan Lessenich (2015): „Das Recht auf Faulheit ist eine polemische und provokative Umschreibung eines zunächst ziemlich reformistisch anmutenden Gedankens, nämlich einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung“, – und der sei heutzutage aktueller denn je. Aber obwohl die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung „ziemlich reformistisch“ anmute, bedürfe es – so Lessenich weiter – zu ihrer praktischen Umsetzung wohl nicht weniger als einer Kulturrevolution (ebd.).

Die Rede von Revolution im Kontext des doch eigentlich reformistisch anmutenden Konzepts einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hat zweifellos eher metaphorischen Charakter, als dass damit eine ernst gemeinte aufrührerische Intention

verknüpft wäre. Dennoch verweist sie auf eine auch in anderen Bereichen zu konstatierende Verschiebung im politischen Terrain zwischen Reform und Revolution einerseits, zwischen Modernisierung und Transformation andererseits. Reformen und die dadurch zu bewerkstellende Modernisierung antiker Verhältnisse stehen heutzutage oft nicht mehr in der langen Tradition sozialreformerischer Bemühungen um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern sind auf Absenkung, Auflösung und Flexibilisierung sozialer Standards orientiert. Ehemals reformistische Strategien der Einbindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in eine Politik der Beförderung des Gemeinwohls und des Wohlstands für alle sind allem Anschein nach an die Grenzen eben dieser kapitalistischen Wirtschaftsweise gestoßen. An diesen Grenzen entfalten ehemals reformistische Konzepte wie allgemeine Arbeitszeitverkürzungen tatsächlich eine geradezu revolutionär anmutende Radikalität und utopische Qualität, die allerdings vielfach auch einfach als Verlust ihrer Realitätstauglichkeit wahrgenommen wird.

Ich will im Folgenden aus feministischer Perspektive einige Schlaglichter auf den Zusammenhang von Arbeit, Zeit, Utopie und Revolution werfen und dabei der Frage nachgehen, ob und in welchem Sinn die Arbeitszeitpolitik des 21. Jahrhunderts tatsächlich revolutionär sein muss bzw. – was leider nicht auf das Gleiche hinausläuft – sein kann. Die feministische Perspektive, die ich bei der Bearbeitung dieser Fragen verfolge, zeichnet sich gegenüber nicht dezidiert feministisch orientierten Debatten a) durch eine in einigen Punkten abweichend akzentuierte Zeitdiagnose, b) durch einen abweichenden Arbeitsbegriff sowie c) durch ein nicht androzentrisk verzerres Subjekt- und damit auch Revolutionsverständnis aus.

Zeitdiagnose: Jenseits der Industriegesellschaft – Überwindung der Arbeitsgesellschaft?

Arbeits(zeit)politik ist traditionell an männlich geprägten Normalitätsstandards der Gestaltung von Arbeit und Leben orientiert. Implizit oder explizit fungiert das sogenannte Normalarbeitsverhältnis als Bezugsnorm für die Analyse und Kritik des Wandels der Arbeit. Dieses Normalarbeitsverhältnis war aber als ununterbrochene Vollzeitberbstätigkeit vom Abschluss der Ausbildung bis zur Rente in der Vergangenheit nur für Männer „normal“; für Frauen mit ihren überwiegend diskontinuierlichen Berufsverläufen und den darin enthaltenen Phasen der Nichtberbstätigkeit und dem hohen Anteil dauerhafter Teilzeitberbstätigung stellt es seit jeher eher die Ausnahme dar. Schon seit einiger Zeit hat das Normalarbeitsverhältnis aber auch für Männer nicht mehr den Status einer empirischen Normalität, sondern den eines Privilegs. In der BRD verringerte sich die Anzahl aller Vollzeitberbstätigten im Zeitraum zwischen 1991 und 2014 um über fünf Millionen bzw. um 19%.³ Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Anzahl der Teilzeitberbstätigten um über acht Millionen bzw. um das 2,3-fache. Der Anteil der Vollzeitberbstätigung an der Gesamtbberbstätigung hat sich dadurch in diesem Zeitraum von 82% auf 61% verringert. Vor dem

Hintergrund des hohen und langfristig weiterhin ansteigenden Anteils befristeter und diskontinuierlicher Beschäftigung schrumpft der unmittelbare Geltungsbereich des sogenannten Normalarbeitsverhältnisses in der Bundesrepublik Deutschland damit allmählich auf eine Minderheit von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen – mit weiterhin stark geschlechtsspezifisch ausgeprägter Tendenz in diesem Prozess.⁴ Parallel zum Strukturwandel der Erwerbstätigkeit verringert sich das von den modernen Ökonomien benötigte Volumen an Arbeit – gemessen in der Anzahl der bezahlten *und* unbezahlten Arbeitsstunden – mehr oder weniger kontinuierlich: Trotz der gigantischen Exportüberschüsse und einer im internationalen Vergleich äußerst günstigen Wirtschaftsentwicklung, trotz des ständigen Anstiegs der Anzahl der sogenannten Erwerbspersonen hat sich die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 2014 um über 4% verringert; das von Männern erbrachte Volumen an bezahlter Arbeit sank sogar um 10%, während sich die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden von Frauen um 4% erhöhte. Nicht nur das Volumen an bezahlter, sondern auch das an unbezahlter Arbeit schrumpft: nach den jüngsten Befunden der Zeitverwendungsforschung des Statistischen Bundesamtes reduzierte sich „das Jahresvolumen an unbezahlter Arbeit (...) in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich“ – und zwar „um insgesamt mehr als 12%“ (Schwarz/Schwahn 2016, 46). Der Rückgang des Volumens an unbezahlter Arbeit ergab sich u.a. aus der Überführung von Teilen der klassischen, überwiegend von Frauen verrichteten Hausarbeit in bezahlte Arbeit in Form häuslicher oder außerhäuslicher Dienstleistungen. Dennoch liegt das Jahresvolumen an unbezahlter Arbeit mit 89 Milliarden Arbeitsstunden immer noch um 35% über dem Jahresvolumen an bezahlter Arbeit (66 Milliarden Arbeitsstunden). Frauen leisten mit durchschnittlich 29,5 Stunden pro Woche trotz steigender Erwerbsbeteiligung immer noch 82% mehr unbezahlte als bezahlte Arbeit (durchschnittlich 16,2 Stunden pro Woche); die unbezahlte Arbeit von Männern beträgt demgegenüber nur 77% ihres Volumens an Erwerbsarbeit.

In den kritischen Debatten zur Zukunft der Arbeit wird die Ausweitung des Dienstleistungssektors – auch infolge der Überführung unentgeltlicher Hausarbeit in bezahlte Arbeit – in Verbindung mit der Zunahme an Teilzeitarbeit – auch in Form von Minijobs – oft als Teil einer umfassenden Kommodifizierung und Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse analysiert und kritisiert. Der hohe und weiterhin ansteigende Anteil von Teilzeitarbeit gilt weithin als Ausdruck der vielfältigen Zwänge, denen Frauen in den Privathaushalten, in den Betrieben und in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, und damit als Indiz ihrer anhaltenden Diskriminierung (vgl. z.B. Allmendinger 2010). Tatsächlich vollziehen sich die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Überführung der von ihnen traditionell unentgeltlich erbrachten Leistungen in bezahlte Arbeit in prekären, unakzeptablen Formen. Dies ist aber vor allem auch die Konsequenz der anhaltenden Wirkungskraft antiquierter, in der schwindenden Industriegesellschaft und in überkommenen patriarchalen Geschlechterverhältnissen verhafteter Normalitätsstandards von Arbeit und Leben.

Unter diesen Umständen enthält die Teilzeitarbeit von Frauen durchaus *auch* ein Moment „widerspenstiger Praxis“ sowohl gegen die traditionelle Beschränkung von Frauen auf die häusliche Sphäre als aber auch gegen die Fokussierung des „ganzen Lebens“ auf Beruf, Geld und Karriere. Auch die sogenannte Kommodifizierung ehemals unbezahlter Arbeit ist nicht nur als deren Unterwerfung unter das Ausbeutungsregime der Lohnarbeit zu interpretieren. Sie hat vielmehr *auch* das Moment der Vergesellschaftung ehemals privatisierter und Frauen als natürliche Neigung zugewiesener Versorgungsleistungen.

Nicht die Teilzeitarbeit, sondern das Normalarbeitsverhältnis und die anhaltende Ungleichverteilung unbezahlter Arbeit in den Privathaushalten, nicht die Bezahlung ehemals unentgeltlicher Versorgungsleistungen, sondern die falschen Maßstäbe, die der Bezahlung und der Gestaltung dieser Arbeit zugrunde gelegt werden, sind das Problem. Der Rückgang des Volumens an bezahlter und an unbezahlter Arbeit ist keineswegs – wie Hannah Arendt äußerst wirkungsmächtig behauptet hat – ein „Verhängnis der modernen Arbeitsgesellschaften“ (Kurz-Scherf 2004, 26 in Anlehnung an Arendt 1981); er beinhaltet vielmehr die Chance der Erinnerung an die in diesen Arbeitsgesellschaften ehemals fest verankerten Utopien der Befreiung von der Arbeit als dem absoluten Zentrum des Lebens. Verhängnisvoll wird der aktuelle Wandel der Arbeit einschließlich des Rückgangs ihres Volumens vor allem dadurch, dass die darin enthaltenen Möglichkeiten einer Neuordnung von Arbeit und Leben systematisch unterdrückt und in zunehmende Arbeitslosigkeit und fortschreitende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse von immer mehr Menschen umgeleitet werden. Der Grund dafür liegt aber weniger im viel gescholtenen Arbeitsmythos moderner Gesellschaften als in Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die sich bislang höchst erfolgreich dahinter verstecken.

Inflation und Entsorgung des Revolutionären

Es ist nicht zuletzt die Frage nach der Zukunft der Arbeit, die revolutionären Ambitionen zu neuer Aktualität verhilft. „Let’s make a revolution“ – unter diesem Slogan bewarb sich Bernie Sanders um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten in den USA, und nach seiner Niederlage gegen Hillary Clinton proklamierte er: „The political revolution continues“. Auch Jeremy Corbyn, dem neuen Vorsitzenden der Labour Party in Großbritannien, werden revolutionäre Ambitionen nachgesagt, die er dann auch in einem Interview bestätigte: „Alright, let’s be bold, let’s go for revolution“ (The Spectator, 18.7.2016). Antonio Negri und Michael Hardt haben in ihrer Analyse neuer Protestbewegungen schon 2010 konstatiert: „Jetzt endlich steht die Revolution auf der Tagesordnung“ (Negri/Hardt 2010, 362).

Revolution – so hat es den Anschein – ist en vogue – und zwar so, dass ständig neue Revolutionen annonciert werden. „Diese Welt wird völlig anders und sehr viel besser sein“ – das war einmal die frohe Botschaft der berühmten MIT-Studie zur „zweiten industriellen Revolution in der Autoindustrie“ (Womack/Jones/ Roos 1991). Die

Zauberformel der Weltverbesserung war damals die sogenannte lean production, die dann als Prinzip der „Verschlankung“ zum Leitprinzip der Organisation von Arbeit und oft auch eines dramatischen Arbeitsplatzabbaus weit über den industriellen Sektor hinaus zum Tragen kam (vgl. kritisch Aulenbacher/Siegel 1995). Irgendwann und irgendwo muss nach der zweiten eine dritte industrielle Revolution stattgefunden haben (vgl. Rifkin 2013), von der aber nicht so viel Aufhebens gemacht wurde, denn mittlerweile ist allenthalben die Rede von der vierten industriellen Revolution, auch Industrie 4.0 benannt. Deren Zauberformel lautet Digitalisierung und ist von vorneherein auf die gesamte Ökonomie moderner Gesellschaften einschließlich ihrer privaten Sphären ausgerichtet. Ihren Schwerpunkt hat die „Digitale Revolution“ aber zunächst wiederum im industriellen Sektor.

Auch die digitale Revolution wird die Welt, so wie sie war und noch ist, aus der Sicht derjenigen, die sie betreiben und propagieren, aus den Angeln heben. Die damit befassten Prognosen verheißen aktuell noch kaum vorstellbare technische Wunder der neuen Cyber-Physical Systems (CPS);⁵ den Arbeitsmärkten drohen dabei allerdings einigermaßen düstere Zeiten. „Namhafte Ökonomen“ – so vermeldete SpiegelOnline im Juli 2014 (vgl. Müller 2014) – „prophezeien: Die Digitalisierung wird massiv Arbeitsplätze vernichten – gerade jene der Mittelschicht“ (ebd.). Eine Untersuchung der britischen Universität Oxford warnte, „knapp die Hälfte aller heutigen Jobs stünde auf dem Spiel“ (ebd.). Auch in Frankreich rechnen verschiedene Studien damit, dass in der sich im Zuge der Digitalisierung herausbildenden „société numérique“ zwischen 40% und 70% der heute noch bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen (vgl. Berger 2014). Für Deutschland liegen deutlich vorsichtigere Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) zu den zu erwartenden Beschäftigungseffekten der Digitalisierung vor (IAB 2015). Zum Teil ist allerdings auch hierzulande von dramatischen Risiken die Rede, die nicht nur die Quantität der Arbeitsplätze, sondern auch ihre Qualität und die gesamte Arbeitskultur betreffen.⁶

Angesichts der schon seit einiger Zeit dominanten Tendenzen des Wandels der Arbeit sind die düsteren Prognosen zu ihrer Zukunft im Kontext der Digitalisierung wenig überraschend. Dennoch spiegelt sich im Wechsel von der euphemistischen Tonart der zweiten industriellen Revolution zur geradezu apokalyptischen Tendenz der vierten industriellen Revolution auch ein grundlegender Wandel der Herrschaftstechniken über Arbeit und diejenigen, die sie verrichten: von der Einbindung durch große Versprechen hin zur Disziplinierung durch Drohung. So wie „Reform“ längst nicht mehr den Sinn der Weiterentwicklung sozialer Errungenschaften, sondern den ihrer Demontage hat, so hat allem Anschein nach auch die Rede von „Revolution“ die Seiten gewechselt und fungiert so als medienwirksame Camouflage der herrschenden Verhältnisse in ihrem „rasenden Stillstand“ (Laux/Rosa 2013) – nach dem Motto: „The more things change, the more they stay the same“ (Bon Jovi, aus dem Song „The More Things Change“).

Feministische De- und Rekonstruktionen: Revolution und Utopie

Die revolutionäre Rhetorik beschleunigter Rationalisierungsstrategien, die mit einer ans Groteske grenzenden Vermarktung revolutionärer Symbole – etwa der Konterfeis von Che Guevara und Karl Marx – einhergeht, kann auch als Symptom für, wie es Ulrich Weiß im „Lexikon der Politik“ formuliert, die „Unmöglichkeit einer echten Revolution“ (Weiß 1998, 563) unter den Bedingungen der modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts interpretiert werden. Revolutionen nach dem klassischen Muster des großen Knalls seien längst, so auch Ulrich Beck, durch die neue Dynamik des sanften „Gestaltwandels der Moderne“ abgelöst worden, der sich auf den leisen Sohlen einer neuen Konfiguration des Politischen, auf dem Weg „reflexiver Modernisierung“ (vgl. Beck/Lau 2005), „deliberativer Demokratie“ (vgl. Habermas 2009) oder auch einfach als „unbeabsichtigte Folge“ der permanenten Modernisierung moderner Gesellschaften vollziehe. Auch im feministischen Diskurs überwiegt Skepsis gegenüber klassischen Konzepten von Revolution, die nicht zuletzt auch als einigermaßen fragwürdige Inszenierung gewaltorientierter, oft auch waffenstrotzender Männlichkeit kritisiert werden. „Die gängige Vorstellung von Revolution“, so Eva von Redecker in einem Aufsatz über „feministische Strategie und Revolution“ (Redecker 2012), „kann den Umbruch, den sie beansprucht, nicht plausibel machen“. Einerseits solle die Revolution einen vom Status quo her betrachtet „utopischen Zustand“ schaffen, andererseits liefen aber „die (klassischen) revolutionären Mittel ihren utopischen Werten, Praktiken und Beziehungen gerade zuwider“ (ebd., 22). Die sich daraus ergebende, historisch vielfach belegte Gefahr eines Scheiterns der Revolution entstehe nicht erst durch die „Perpetuierung der Gewalt“ jenseits der Revolution, sondern „bereits die Tatsache, dass ihr Ablauf keinen Ort lässt, an dem neue, vormals utopische Praktiken Raum greifen können, besiegelt das Scheitern der Revolution“ (ebd., 28). Dennoch verkörpert die Frauenbewegung dem eigenen Selbstverständnis nach in ihren gesellschaftskritisch und -politisch orientierten Strömungen von Anfang an einen durchaus revolutionären Impetus der „feministischen Herausforderung“ (vgl. z.B. Mitchell 1966), und gerade neuerdings ist – nach einer Phase der „Mühen in der Ebene“ – auch wieder häufiger von Aufstand, Aufruhr und Revolution die Rede (vgl. u.a. Federici 2012; Penny 2014; Haug 2015; Stitz 2015; Winker 2015). Reformistische Strategien der Gleichberechtigung stoßen immer offenkundiger an ihre Grenzen, an denen sie entweder wirkungslos verpuffen oder problematische Ergebnisse – wie etwa die zunehmende Spaltung unter Frauen oder die Assimilation an männlich geprägte Karrieremuster, die dann aber doch oft an der „gläsernen Decke“ scheitern – hervorbringen. Als feministisches Pendant zur digitalen Revolution fungiert aktuell die *care revolution*, die „Revolution des Füreinander“, die ihren Ausgangspunkt in der „Krise der Reproduktion“ – verstanden im umfassenden Sinn des Erhalts, der Erneuerung, Gestaltung und Entwicklung menschlichen Lebens – hat. Auch von Redecker (2012) hält am revolutionären Impetus der Frauenbewegung fest. Sie sieht im Verhältnis zwischen Utopie und Revolution den zentralen Unterschied

zwischen feministischen und androzentrischen Vorstellungen von „Revolution“. Revolution werde im feministischen Diskurs nicht als Voraussetzung utopischer Praxis gedacht, sondern als „Effekt einer Kumulation von diversen, erfolgreichen utopischen Vorgriffen“ (Redecker 2012, 29), die es schon im Hier und Jetzt in den Nischen und Randgebieten „des bestehenden Systems“ (ebd.), in den Brüchen und Zwischenräumen seiner permanenten Transformation zu realisieren gelte. Von Redecker zielt insbesondere auf „gelebte Utopien“ im Sinn alternativer Projekte und subversiver Akte eher an den Rändern als in den Zentren moderner Gesellschaften. Das Bemühen um die praktische Demonstration und Erprobung politischer Utopien im Kleinen hat bekanntlich eine lange Tradition, die bis in die Anfänge der modernen Zivilisation zurückreicht und darin auch wichtige Spuren hinterlassen hat. Tatsächlich basiert die Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften nicht zuletzt auf der „Vereinnahmung“ der utopischen Energien sozialer Bewegungen, die in ihren utopischen Intentionen weit über die Kompromisse hinausweisen, durch die sie gleichsam abgefangen, dadurch aber keineswegs zwangsläufig dauerhaft stillgestellt werden. Utopische Intentionen können durch die Kompromisse, die ihnen aufgezwungen werden, sobald sie sich in individueller oder kollektiver Praxis niederschlagen, verkümmern. Sie können aber ebenso in neue Bahnen gelenkt werden, in denen sie dann auch wieder neue Energien entfalten. Die Vereinnahmung der bürgerlichen Freiheitskämpfe durch die in vielerlei Hinsicht nur formale, liberale Demokratie, der Arbeiterbewegung durch den Sozialstaat oder auch der Frauenbewegung durch völlig unzulängliche Zugeständnisse an Gleichberechtigung und Gender Mainstreaming beinhaltet zweifellos ein Moment des Scheiterns dieser Bewegungen; zugleich manifestieren sich diese aber in widersprüchlichen Konstellationen gesellschaftlicher Realität, aus denen immer wieder neue soziale Bewegungen und politische Kämpfe entstehen können, die ihre Kraft und Orientierung aus erneuerten Utopien gewinnen – jedenfalls solange die sich parallel zur Erneuerung der utopischen Energien verfeinernden Herrschaftstechniken nicht in einem dann nur noch von außen anzugreifenden Totalitarismus erstarren. Auch Alltagspraxen, die gesellschaftliche Zwänge nicht außer Kraft setzen, in ihnen aber doch auch einen mehr oder minder deutlich ausgeprägten Eigensinn bewahren und entfalten – wie dies etwa bei der Teilzeitarbeit von Frauen der Fall sein kann – halten den „Wärme- strom der konkreten Utopie“ (Bloch 1977, 238) und seine revolutionären Energien gegen den kalten Mainstream der permanenten Modernisierung moderner Gesellschaften in Bewegung.

Hoffen auf das Unwahrscheinliche

Mit der Forderung nach radikalen Arbeitszeitverkürzungen in Dimensionen, wie sie Paul Lafargue schon vor 135 Jahren für angemessen hielt, wie sie im Vorfeld des Entstehens moderner Gesellschaften von Thomas Morus imaginiert wurden (6-Stunden-Tag), wie sie aber auch von im Übrigen völlig unterschiedlichen Autoren wie

Karl Marx, John Stuart Mill und John Maynard Keynes zumindest als Langfristperspektive moderner Gesellschaften propagiert wurden, verbindet sich seit jeher ein utopisches Moment und auch eine durchaus revolutionäre Perspektive auf die Entfaltung des Reichs der Freiheit jenseits der auf ein Minimum geschrumpften Zwänge des Reichs der Notwendigkeit. Darin enthalten ist die zweifellos ebenso utopische Vorstellung von einer neuen Balance zwischen Arbeit und Leben, in der das gute Leben zum Sinn, zur Grenze und auch zum Maßstab guter Arbeit wird. In den großen Streiks um die 35-Stunden-Woche war dieses utopische Moment durchaus noch lebendig; es wurde durch die hinter der 35 aufgehende Sonne oder durch Streikparolen wie „Es geht um mehr als um 5 Stunden weniger“ symbolisiert. Heutzutage ist die Utopie des Reichs der Freiheit – nicht zuletzt im Kampf gegen ihre neoliberalen Perversionen – weitgehend verblasst; sie verbindet sich jedenfalls kaum mehr mit dem Thema Arbeitszeitverkürzung.

Trotz der punktuell immer wieder neu aufscheinenden Aktualität einer Politik der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung gilt diese bei den Akteuren einer solchen Politik überwiegend als zumindest aktuell nicht mobilisierungsfähig und auch als „irgendwie“ nicht mehr zeitgemäß. Die weit verbreitete Skepsis gegenüber pauschalen Optionen auf kürzere Arbeitszeiten in der Erwerbstätigkeit bezieht sich v.a. auf die aktuellen Machtverhältnisse im Politikfeld Arbeit, die radikale Arbeitszeitverkürzungen illusorisch erscheinen lassen. Verwiesen wird aber auch auf die Pluralität und Dynamik der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts, die sich nicht mehr in das starre Korsett einer einheitlichen Normalarbeitszeit pressen ließen – auf welchem Niveau sie auch immer fixiert werde. Der alten Utopie der Befreiung von der Arbeit unterliege darüber hinaus eine Vorstellung von Arbeit als Mühsal, Last und Plage, die der Realität von Arbeit in den meisten Berufsfeldern nicht mehr gerecht werde. Durch das Ausfransen der Arbeitszeiten zwischen Mini-Jobs auf der einen Seite und der „rund-um-die-Uhr“-Kultur in vielen neuen Berufsfeldern auf der anderen Seite ließen sich die Interessen der Beschäftigten nicht mehr auf einen einheitlichen Arbeitszeitstandard bündeln.

Auch im feministischen Diskurs gilt die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung oft als ein bestenfalls reformistisches, letztendlich der Logik der kapitalistisch-patriarchalen Industriegesellschaften verhaftetes Unterfangen mit eng begrenzter Reichweite hinsichtlich der Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse – auch weil es an der Lebensrealität vieler Frauen, die ihre Arbeitszeiten längst individuell verkürzt hätten, schlicht vorbei gehe. Andererseits gehört die programmatische Orientierung auf kürzere Arbeitszeiten in der Erwerbstätigkeit geradezu zu den Selbstverständlichkeiten der feministischen Agenda – und sie gewinnt darin auch immer wieder eine utopisch-revolutionäre Einfärbung im Sinn einer radikalen Umgestaltung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den modernen Gesellschaften und im globalen Maßstab – wie etwa im „postindustriellen Gedankenexperiment“ von Nancy Fraser (1996), bei der sogenannten Vier-in-einem-Perspektive von Frigg Haug (2008) oder auch in dem von mir und Gisela Breil schon vor 30 Jahren

vorgelegten „phantastischen Tarifvertrag“ zum 6-Stunden-Tag (Kurz-Scherf/Breil 1987/2015).

Es geht auf absehbare Zeit nicht um die Abschaffung der Arbeit, sondern um den Gestaltwandel industriekapitalistischer Lohnarbeit, bürokratischer Verwaltungsarbeit und privatisierter Versorgungsarbeit in kooperatives Handeln, in kreative, sorgende, qualifizierte, an der Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und an den Bedürfnissen von anderen orientierte Tätigkeit. Die „Revolution des Füreinander“ betrifft keineswegs nur die sogenannte Care-Arbeit, sondern eine neue Kultur der Arbeit als spannungsvolle Verbindung eigener Bedürfnisse mit der Tätigkeit für andere und mit anderen. Dazu bedarf es nicht zuletzt eines Arbeitszeitstandards, der allen die Teilhabe an der sozialen Kooperation ermöglicht und dabei dem Leben in und jenseits der Arbeit so viel Raum gibt, dass das Reich der Freiheit und das der Notwendigkeit sich wechselseitig so durchdringen, dass die Utopie des freien und guten Lebens die Utopie der möglichst freien und guten Arbeit umfasst und so zur Orientierung politischen Handelns werden kann. Es geht weder um die Abschaffung der bezahlten, noch um die restlose Kommodifizierung der unbezahlten Arbeit, sondern um eine neue Balance nicht nur zwischen Arbeit und Leben, sondern auch zwischen Berufstätigkeit und unentgeltlichem Engagement – insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit wie aber inzwischen auch unter dem der Vermeidung neuer Formen der Ausbeutung und Sklaverei insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Politik der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wird vielleicht/wahrscheinlich irgendwann ihren Sinn und ihre Notwendigkeit verlieren, weil die Rationalisierungspotentiale erschöpft sind oder auch weil Arbeit und Leben in eine stabile Balance gebracht worden sind, die weitere Arbeitszeitverkürzungen erübrigt. Wenn die Politik der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung allerdings zu früh gestoppt wird, besteht die Gefahr, dass sich die bereits jetzt erkennbaren, nicht zuletzt über den Arbeitsmarkt vermittelten Spaltungen und Pathologien der modernen Gesellschaften so vertiefen und verfestigen, dass das „unvollendete Projekt der Moderne“ – Gleichheit und Solidarität in Freiheit – schlimmstenfalls irreversibel scheitert. Die Lebenspraxis von Frauen weist immerhin schon in die Richtung einer neuen zukunftsfähigen Balance zwischen Arbeit und Leben in ihren jeweils vielfältigen Facetten. Ob die Frauenbewegung dem mit einer Revitalisierung der von ihr repräsentierten *longest revolution* (Mitchell 1966) zu politischer Wirkungskraft verhelfen kann, erscheint fraglich, ist aber immerhin noch zu hoffen.

Anmerkungen

- 1 Der Text basiert auf meiner Abschiedsvorlesung, die ich anlässlich meines Wechsels in den Ruhestand am 19.7.2015 an der Philipps-Universität-Marburg gehalten habe (vgl. www.uni-marburg.de/genderzukunft/veranstaltungen/abschiedsks).
- 2 Dabei geht es zwar eher um gruppen- und bedarfsspezifische, optionale Modelle der Arbeitszeitverkürzung. Dennoch sind auch hierzulande durchaus vielfältige, mehr oder minder engagierte Bemühungen zur Revitalisierung des Konzepts der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zu registrieren (<http://www.arbeitszeitverkuerzung-jetzt.de>).

- 3 Alle nachfolgenden Angaben basieren auf Daten des Statistischen Bundesamtes und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.
- 4 Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich unter den weiblichen Beschäftigten zwischen 1991 und 2014 um 23% und lag zuletzt bei 58%. Unter den männlichen Beschäftigten hat sich die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten im genannten Zeitraum sogar um das 4,5-fache erhöht; aktuell sind aber immer noch „nur“ rund 20% der männlichen Erwerbstätigen teilzeitbeschäftigt. Auch die Befristungsquote an den Beschäftigungsverhältnissen und der Anteil von Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf sind bei Frauen deutlich höher als bei Männern (Statistisches Bundesamt und IAB).
- 5 „Cyber-Physical Systems“ (CPS) bezeichnen neuartige Verbindungen zwischen informatischen, softwaretechnischen Komponenten mit mechanischen und elektronischen Teilen, in denen sich auch die Grenzen zwischen Mensch und Maschine verwischen können.
- 6 So stellt eine von der Deutschen Bank im Juni 2015 publizierte Studie fest: Die „tiefe Ironie“ in der fortschreitenden Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeit – auch und gerade auf der Grundlage neuer Techniken – liege darin, dass in zunehmendem Maße „jeder sein eigener Herr“ sei, dabei „aber viel arbeiten muss und wenig verdient“ (Kocic 2015, 58).

Literatur

Allmendinger, Jutta, 2010: Geschlecht bleibt eine wichtige Dimension sozialer Ungleichheit. In: WZB-Mitteilungen. 129, 12-15.

Arendt, Hannah, 1981: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München, Zürich.

Aulenbacher, Brigitte/**Siegel**, Tilla (Hg.), 1995: Diese Welt wird völlig anders sein. Denkmuster der Rationalisierung. Pfaffenweiler.

Beck, Ulrich/**Lau**, Christoph, 2005: Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung. Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen. In: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis. 56 (2/3), 107-135.

Berger, Roland, 2014: Les classes moyennes face à la transformation digitale. Comment anticiper? Comment accompagner? Internet: [http:// www.generationlibre.eu/wp-content/uploads/2014/11/Roland_Berger_TAB_Transformation_Digitale-web.pdf](http://www.generationlibre.eu/wp-content/uploads/2014/11/Roland_Berger_TAB_Transformation_Digitale-web.pdf) (23.8.2016).

Bergmann, Nadja/**Sorger**, Claudia (Hg.), 2016: 40 Jahre 40-Stunden-Woche in Österreich. Und jetzt? Impulse für eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik. Wien. Internet: <https://www.wien.gv.at/menschen/frauen/stichwort/arbeit/40-jahre-40-stunden.html> (30.8.2016).

Bloch, Ernst, 1977: Das Prinzip Hoffnung, Gesamtausgabe in 16 Bänden, Bd. 5, Frankfurt/M.

Confédération générale du travail (CGT), 2015: Travailler toutes, travailler tous, travailler mieux et travailler moins! Internet: <http://www.cgt.fr/Travailler-toutes-travailler-tous.html#Cinq-arguments-pour-aller-vers-les-32-heures> (30.8.2016).

Federici, Silvia 2012: Revolution at Point Zero: Housework, Reproduction, and Feminist Struggle. Aufsätze von 1975 bis 2010. Brooklyn, Oakland.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Wachstum durch weniger Arbeit, 9.4.2016, 24.

Fraser, Nancy, 1996: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie: Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen, 2009: Politische Theorie, Frankfurt/M.

Haug, Frigga, 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg.

Haug, Frigga, 2015: Der im Gehen erkundete Weg: Marxismus-Feminismus. Hamburg.

IG Metall, 2015: Gewerkschaftstag 2015. Für eine neue Arbeitszeitkultur. Internet: <https://igm-gewerkschaftstag-2015.de/fuer-eine-neue-arbeitszeitkultur> (30.8.2016).

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 2015: Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Forschungsbericht Nr. 8. Nürnberg.

Kocic, Aleksandar, 2015: Arbeit in der Krise – Arbeitsmärkte im Umbruch. In: Deutsche Bank Research (Hg.): Konzept: Außergewöhnliche Zeiten – und wie wir sie meistern können. Frankfurt/M., 58-65.

Kurz, Constanze/**Rieger**, Frank, 2013: Arbeitsfrei: Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen. München.

Kurz-Scherf, Ingrid/**Breil** Gisela, 2015 (1987): Wem gehört die Zeit? Ein LESEBUCH zum 6-Stunden-Tag. In: Jung, Tina/Lieb, Anja/Reusch, Marie/Scheele, Alexandra/Schoppengerd, Stefan (Hg.): In Arbeit: Emanzipation. Feministischer Eigensinn in Wissenschaft und Politik. Münster, 200-208.

Lafargue, Paul/**Lessenich**, Stephan, 2014 (1883): Das Recht auf Faulheit (mit einer Einleitung von Stephan Lessenich). Hamburg.

Laux, Henning/**Rosa**, Hartmut, 2013: Zeithorizonte des Regierens: Rasender Stillstand. In: Korte, Karl-Rudolf/Grunden, Timo (Hg.): Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden, 83-92.

Lessenich, Stephan, 2015: Das Recht auf Faulheit ist zeitlos. In: Der Standard, 8.2.2015. Internet: <http://derstandard.at/2000011378025/Soziologe-Lessenich-Das-Recht-auf-Faulheit-ist-zeitlos> (17.12.2015).

Mitchell, Juliet, 1966: Women: The Longest Revolution. In: New Left Review. 40 (I), 11-37.

Müller, Henrik, 2014: Wenn die Maschinenstürmer doch recht behalten. Internet: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/digitalisierung-kostet-arbeitsplaetze-fuer-mittelschicht-a-983064.html> (30.8.2016).

Negri, Antonio/**Hardt**, Michael, 2010: Common Wealth. Das Ende des Eigentums. Frankfurt/M.

Penny, Laurie, 2014: Unspeakable Things. Sex, Lies and Revolution. London.

Redecker, Eva von, 2012: Feministische Strategie und Revolution. In: Kley, Christine/Newark, Catherine/Miller, Simone (Hg.): Peripherie und Zentrum. Geschlechterforschung und die Potenziale der Philosophie. Bielefeld, 17-36.

Reise, Niels, 2014: „Ich träume von einer Revolution“. Internet: <http://www.spiegel.de/karriere/ausland/schweden-goeteborg-will-sechs-stunden-arbeitstag-einfuehren-a-964791-druck.html> (30.8.2016).

Rifkin, Jeremy, 2013: Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter. Frankfurt/M., New York.

Schwarz, Norbert/**Schwahn**, Florian, 2016: Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte. In: Wirtschaft und Statistik (WiSta). 2, 35-51.

Stitz, Melanie, 2015: Marxistischer Feminismus: Die Revolution der Revolution. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 60 (7), 121-123.

The Spectator, 2016: Power or Revolution? Revolution, says Jeremy Corbyn. Internet: <http://blogs.spectator.co.uk/2016/07/power-revolution-revolution-says-jeremy-corbyn> (26.8.2016).

Weiß, Ulrich, 1998: Revolution. In: Nohlen, Dieter (Hg.), Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe. Frankfurt/M., Wien, 71-95.

Wiedemuth, Jörg/**Skrabs**, Sylvia, 2015: Mehr Zeit für mich. Impulse für eine neue arbeitszeitpolitische Debatte. Berlin. Internet: <https://www.verdi.de/wegweiser/tarifpolitik/themen/arbeitszeit-debatte/> (30.8.2016).

Winker, Gabriele, 2015: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

Womack, James P./**Jones**, Daniel T./**Roos**, Daniel, 1991: Die zweite Revolution in der Autoindustrie. München.